

■ **VIDEO | TEIL 1**

<https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2020/20201111situng1321.html?t=0>

■ **VIDEO | TEIL 2**

<https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2020/20201111situng1322.html?t=0>



11. November 2020

132. PLENARSITZUNG

ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Plenarbericht darf nicht zum Zwecke der Wahlkampfwerbung eingesetzt werden.

ANTON BARON

Parlamentarischer Geschäftsführer



AFD-FRAKTION IM
LANDTAG VON
BADEN-
WÜRTTEMBERG

AfD





ANTON BARON
Wahlkreis Hohenlohe



MEHR ANSTRENGUNGEN BEI SANIERUNGEN FÜHREN AUCH ZU LEISEREM ASPHALT

Antrag der Grünen-Fraktion: „Leiser ist gesünder – Lärmschutz in Baden-Württemberg“

Der Abgeordnete Anton Baron machte als Mitglied des Verkehrsausschusses auf die Doppelmoral bei diesem augenscheinlichen Gefälligkeitsantrag der Grünen an ihren Parteifreund Winfried Hermann im Verkehrsministerium aufmerksam: Für die selbsternannte Ökopartei gehe es nicht um jegliche Lärmreduktion, sondern immer auch um ideologische Ziele. Der Straßen- und Fluglärm werde dementsprechend deutlich lieber problematisiert, als es beim Schienenverkehr der Fall sei.

Die gesundheitlichen Gefahren infolge von Dauerlärm und dessen hauptsächliche Verursachung durch den Verkehr seien indes unbestritten, so Anton Baron. Die Rezepte zur Eindämmung lägen dabei einerseits im wahrsten Sinne des Wortes auf der Straße: Mehr Anstrengungen bei Sanierungen führten auch zu leiserem Asphalt. Das Abrollen der Reifen sei nämlich mittlerweile weitaus lärmintensiver als die immer leiseren Motoren. Die überall spürbare Vernachlässigung von Straßensanierungen durch die Landesregierung würde sich daher auch in diesem Kontext negativ bemerkbar machen.

Weiterhin geißelte Baron mit klaren Worten die unsäglichen Diskussionen um Sonntagsfahrverbote für Motorradfahrer. Der zweite wichtige Lösungsansatz bei der Lärmeindämmung bestünde nämlich kei-

neswegs aus solchen Gängelungen, sondern aus technischer Innovation. Motorradlärm wie auch Fluglärm würden nämlich aufgrund technischer Entwicklungen innerhalb der nächsten Jahre und Jahrzehnte ohnehin so stark zurückgehen, dass sie kein Problem mehr seien, betonte der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion Anton Baron abschließend.



UWE WANKE
Wahlkreis Neckar-Odenwald



**EIN LEBENDIGES
VEREINSLEBEN
BASIERT NICHT
AUF ZUSCHÜSSEN
DES LANDES,
SONDERN
AUF DEM
ZUSAMMENSEIN**

Antrag der CDU-Fraktion: „Unterstützung von Vereinen und Organisationen“

Hinsichtlich des Antrags der CDU-Fraktion zur Unterstützung von Vereinen und Organisationen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie plädierte der Abgeordnete Uwe Wanke, Mitglied des Kultusausschusses, in seiner ersten Plenarde dafür, dass die Corona-Maßnahmen weit überzogen seien. Wer sehenden Auges einen Schaden verursache, habe natürlich auch dafür gerade zu stehen und diesen auszugleichen. Wenn sich die CDU nun als Retter der Vereine aufspiele, könne man das guten Gewissens nur als Heuchelei bezeichnen. Aber auch die einzelnen Abgeordneten hätten mit ihrem Stimmverhalten ihren Beitrag zu diesem schlechten Zustand der Vereine geleistet.

Auch wenn man nun die Entlastung von Vereinen grundsätzlich befürworte, handele es sich letztendlich nur um eine erneute Umverteilung von Steuergeldern.

Bei vielen Vereinen sei es nicht einmal vorrangig der finanzielle Aspekt, der ihren Fortbestand gefährde, sondern der Verlust der Mitglieder. Das Vereinsleben bleibe auf der Strecke und die Vereine, welche gut gewirtschaftet hätten, müssten nun alles aufbrauchen.

Doch ein lebendiges Vereinsleben basiere nicht auf einer guten Kassenlage oder Zuschüssen des Landes, sondern auf dem Zusammensein. Veranstaltungen, Aktionen,

Training, Wettkämpfe, das Beisammensein und die Kameradschaft blieben auf der Strecke. Die staatlich verordnete Vereinsamung treffe vor allem die älteren Menschen.

Es sei fraglich, wie das Vereinsleben nach der Krise weitergehen solle, nachdem man die Menschen aufgestachelt habe, den Nächsten zum Feind zu erklären. Die Angst würde bleiben! Hier müsse man umdenken. Uwe Wanke formulierte abschließend frei nach Ronald Reagan: „Tear down the Lockdown!“



HANS PETER
STAUCH

Wahlkreis Hechingen-Münsingen



**DADURCH
WERDEN DIE
GRÜNEN
FAHRRAD-
UTOPIEN
WEITER
FORCIERT**

2. Beratung eines Gesetzentwurfs der Landesregierung: „Gesetz zur Änderung des Straßengesetzes“

In seiner Rede zum Gesetz zur Änderung des Straßengesetzes bezog sich der verkehrspolitische Sprecher Hans Peter Stauch auf zwei Punkte, welche nach Ansicht der AfD-Fraktion eine Zustimmung unmöglich machen. Erstens ist das inhaltlich die Möglichkeit der Teilentziehung, die es der Landesregierung möglich machen würde, Verkehrsflächen wie Straßen, vor allem mehrspurige, sowie Parkplätze usw. umzuwidmen. Dadurch könne sie den freien motorisierten Individualverkehr konsequent weiter behindern und gar verhindern, um die grünen Fahrrad-Utopien weiter zu forcieren.

mehrheitliche Zustimmung zum Gesetzentwurf gegen die Stimmen der AfD-Fraktion

Versteckt sei diese „Teilentziehung“, sozusagen als „Giftpille im Schokopudding“, in einem ansonsten eigentlich zustimmungsfähigen Gesetzentwurf zur Übertragung der Autobahn-Belange des Landes an die neu gegründete Autobahn GmbH des Bundes am 1.1.2021.

Aufgrund erneuten Versagens des Bundesverkehrsministers Scheuer, CSU, ist mit einem geordneten Bau-Organisations- und Planungsgeschehen der Autobahn GmbH aber frühestens 2025 zu rechnen. Die Verwaltungskosten von 2 Milliarden Euro jährlich fallen aber auf den Steuerzahler zurück.

Wegen dieser schwerwiegenden Mängel war dem Gesetz nicht zuzustimmen.



DR. RAINER BALZER
Wahlkreis Bruchsal



WIR BRAUCHEN EINE VERPFLICHTUNG FÜR DAS ARBEITEN MIT DIGITALEN HILFSMITTELN

1. Beratung eines Gesetzentwurfs der FDP/DVP-Fraktion: **„Gesetz über die Digitale Schule (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden- Württemberg, des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich und des Privatschulgesetzes)“**

Es würden Hoffnungen mit dem Schlagwort Digitalisierung der Schulen verbunden, die durch eine Änderung der Arbeitsmittel nicht erreicht werden könnten, so Dr. Rainer Balzer als bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion – die „schöne neue Welt“ sei ja sehr verlockend für einige hier im Hause. Lernen geschehe aber immer noch im Kopf und nicht in der Tatstatur und auch nicht auf der Festplatte. Daran werde die AfD-Fraktion immer festhalten.

Die Corona-Krise zwingt die Politik in vielen Bereichen jedoch zum Umdenken und rückt die Bedeutung der digitalen Hilfsmittel für ihre Bewältigung verstärkt ins Bewusstsein. Was bisher nicht möglich war, wird plötzlich nicht nur möglich, sondern zum Gebot der Stunde und dringend notwendig. Wir brauchen daher eine sofortige Änderung und eine neue Schwerpunktsetzung bei den Lehramtsstudiengängen, eine Verpflichtung für das Arbeiten mit digitalen Hilfsmitteln.

Der Maßstab müsse sein, so Dr. Rainer Balzer, was der Arbeitgeber heute von seinem Arbeitnehmer erwarten würde. Das seien zweifellos weiterhin der souveräne Umgang mit den Kulturtechniken, der klassische Wissenskanon und die Allgemeinbildung. Weiterhin bräuchten wir eine sofortige Anpassung der Bildungspläne mit Fokussierung auf die Techniken der Zukunft.



UDO STEIN
Wahlkreis Schwäbisch Hall



**DIE LANDES-
REGIERUNG
BRAUCHTE
8 JAHRE, UM
EIN URTEIL DES
BUNDES-
VERFASSUNGS-
GERICHTS
UMZUSETZEN**

1. Beratung eines Gesetzentwurfs der Landesregierung: **„Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und der Gemeindeordnung“**

Der Abgeordnete Udo Stein beschäftigte sich in seiner Rede mit einem Thema, das die meisten Häuslesbauer betrifft: mit den kommunalen Erschließungsbeiträgen. Das Kommunalabgabengesetz wurde nämlich an die Neufassung der Abgabenordnung angepasst. Dabei war besonders bemerkenswert, dass die Landesregierung 8 Jahre brauchte, um ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen. Damals bezeichnete das Gericht die kommunale Praxis als rechtswidrig, unbegrenzt lange Erschließungsbeiträge von teilweise vielen zehntausend Euro erheben zu können. Dem schob das Gericht einen Riegel vor. Das Land hat damals nicht reagiert. In den letzten 8 Jahren hätten viele Bürger viel Geld sparen können.

In einem zweiten Teil des Gesetzes ging es um Erleichterungen für Städte und Gemeinden, die zu ihrem Namen eine Zusatzbezeichnung führen wollen. Hier zeigte sich der Abgeordnete skeptisch und wollte zunächst abwarten, wie dies im Ausschuss begründet wird. Udo Stein befürchtet einen Wildwuchs an umständlichen und langen Städtenamen.



DR. BERND
GRIMMER
Wahlkreis Pforzheim



**LASSEN SIE
DAVON AB,
DIE HOCH-
SCHULEN MIT
ZUSÄTZLICHEN
AUFGABEN ZU
BELASTEN!**

1. Beratung eines Gesetzentwurfs der Landesregierung: **„Viertes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Viertes Hochschulrechtsänderungs- gesetz – 4. HRÄG)“**

Omnia in omnibus sei das vorgelegte vierte Hochschuländerungsgesetz ein weiterer Versuch der Landesregierung, ihre ideologische Weltvorstellung zu realisieren, so der Abgeordnete Dr. Bernd Grimmer für die AfD-Fraktion. Zu den originären Aufgaben der Universitäten und Hochschulen wie Lehre und Forschung soll sich nun auch der Klimaschutz gesellen, also im Hochschulgesetz verankert werden.

Dieses Vorhaben ist jedoch eher Schein als Sein, denn abgesehen davon, dass der Begriff klimaneutral irreführend ist, hat diese Aktion mit Klimaschutz wenig zu tun. Das Gleiche betrifft den Punkt Tierschutz. Es ist unbestritten, dass wir unsere Lebensgrundlage, die Natur und die Tiere schützen und erhalten müssen. Diese Verantwortung aber den Hochschulen aufzubürden ist ein Denkfehler aus der langen Reihe vorheriger Irrungen und Wirrungen der Landesregierung vor allem im Bereich Klimaschutz.

Der Schutz natürlicher Lebensgrundlagen ist neben dem Tierschutz bereits im Grundgesetz (Artikel 20a) und auch im Artikel 3 der Landesverfassung Baden-Württembergs verankert. Eine weitere Verankerung ist überflüssig. Stattdessen benötigen die Hochschulen finanzielle Investitionen in Lehre und Forschung sowie in Ausstattung und Infrastruktur, damit sie

ihre Arbeit optimal und mit modernsten Methoden machen können.

„Lassen Sie davon ab, die Hochschulen mit zusätzlichen Aufgaben zu belasten! Es ist vernünftiger, sich auf die wirklichen Probleme der Hochschulen wie beispielsweise befristete und schlecht bezahlte Stellen, den hohen Betreuungsschlüssel oder die unzureichende Grundfinanzierung zu fokussieren“, betonte Dr. Bernd Grimmer abschließend.



DR. BERND
GRIMMER
Wahlkreis Pforzheim



**ES IST NICHT
NACHHALTIG,
MEHR
MENSCHEN
IN DIE WELT
ZU SETZEN,
ALS ERNÄHRT
WERDEN
KÖNNEN**

1. Beratung eines Gesetzentwurfs der Landesregierung: **„Gesetz zur Neuordnung des Abfall- rechts für Baden-Württemberg“**

Dr. Bernd Grimmer nutzte die Plenardebatte anlässlich der „Neuordnung des Abfallrechts“, um auf die Widersprüche und Ungereimtheiten grüner Politik hinzuweisen.

knappen Ressourcen nachhaltig zu konterkarieren.

Er räumte zwar ein, dass gegen eine Kreislaufwirtschaft im Grunde nichts einzuwenden sei. Prinzipiell sei es zu begrüßen, mit Ressourcen verantwortungsvoll umzugehen und unvermeidbare Abfälle nach Möglichkeit zu recyceln. Es sei jedoch äußerst zynisch, den Ärmsten der Armen per Gesetz gönnerhaft zu gestatten, in Mülltonnen nach Pfandflaschen und Speiseresten zu wühlen, um ihr kärgliches Dasein zu fristen.

Des Weiteren sei es logisch nicht nachvollziehbar, dass man jede Bananenschale als wertvollen Rohstoff adle, hochenergetische Kernbrennstäbe dagegen als nutzlosen Sondermüll verteuflle.

Dr. Grimmer machte zudem deutlich, dass das Nachhaltigkeitspostulat keineswegs universal beherzigt werde, wie stereotyp behauptet wird. Das Bevölkerungswachstum in Afrika beispielsweise nehme man achselzuckend hin. Dabei sei es jedoch nicht nachhaltig, mehr Menschen in die Welt zu setzen, als ernährt werden könnten. Und geradezu widersinnig sei es, die Probleme Afrikas auf Europa abzuwälzen und dessen Bemühen um einen verantwortungsvollen Umgang mit